



BALAVÉR

Kleinzeitung der DKP Trier

Ausgabe 02/2026



Außerdem in dieser Ausgabe:



Eltern gegen Wehrpflicht: Nicht unser Krieg - Nicht unsere Kinder



Im Interview: Simon Becker - Seenotrettung an Bord der Sea Punks

Milliarden fürs Militär

Die in diesem Januar veröffentlichte Bilanz des Deutschen Städte- und Gemeindebundes bezeichnet die Finanzlage der Kommunen als „historisch dramatisch“. Rund 31 Milliarden Euro Verlust erwirtschafteten die Städte und Gemeinden im Jahr 2025, ein deutlicher Anstieg gegenüber 2024 (24,3 Milliarden) und 2023 (6,3 Milliarden). Trier bildet hier keine Ausnahme. Der Stadtrat beschloss den Haushalt für 2026 mit neuen Schulden in Höhe von etwa 56,3 Millionen Euro, ebenfalls ein Anstieg im Vergleich zu 2024 (rund 40 Millionen). Dies steht im Zusammenhang mit der massiven Aufrüstung Deutschlands und den dafür benötigten Geldern. Diese kommen nämlich nicht von den Reichen, sondern werden an anderer Stelle eingespart, vor allem bei der öffentlichen Daseinsvorsorge. Verlierer sind die Kommunen und an erster Stelle die Arbeiterklasse.

Seit 2022 erhöht die Bundesregierung die Militärausgaben massiv und das bei gleichzeitig bestehender Schuldenbremse. Nicht nur die angestrebten zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts sind das Ziel, sondern auch milliardenschwere Sondervermögen, die von der Schuldenbremse ausgenommen sind. Um die sozialdemokratischen Kräfte wie SPD und Die Linke zur Zustimmung zu dieser massiven Aufrüstung zu bewegen, wurde gleichzeitig ein Sondervermögen von 500 Milliarden Euro für Infrastruktur und Klimaschutz beschlossen, von dem angeblich auch die Länder und Kommunen profitieren sollen. Man sollte sich jedoch nicht täuschen lassen: Dieses Sondervermögen für Infrastruktur wird nicht aufgelegt, weil der Bund plötzlich spendabel ist, sondern weil Panzer und Truppenfahrzeuge nun einmal auf in-

takten Straßen und Brücken fahren müssen. Die 100 Milliarden, die aus diesem Sondervermögen an die Länder und Kommunen fließen sollen, sind also weder dazu da, den Sanierungsstau noch die strukturellen Finanzprobleme zu lösen, sprich die massive, dauerhafte Unterfinanzierung der Kommunen durch den Bund.

Trier – keine Ausnahme, sondern die Regel

Betrachtet man den für 2026 verabschiedeten Haushaltsplan, wird die finanzielle Schiefelage der Stadt deutlich. Ganze 56 Millionen Euro Minus sollen in diesem Jahr anfallen, was bedeutet, dass Trier das dritte Jahr in Folge ein Defizit einführt und seinen Schuldenstand auf rund 800 Millionen Euro erhöht. Investitionen sind keinesfalls abzulehnen, sondern dringend notwendig, um der größten Verwahrlosung zumindest einen Riegel vorzuschieben. Doch klar ist auch: Der Bund kommt seiner Verpflichtung zur ausreichenden Finanzierung der Kommunen nicht nach – weder in Trier noch bundesweit. Schuld an der Schiefelage sind nicht die notwendigen und immer noch deutlich zu geringen Investitionen

Triers in Schulen, Kitas, Infrastruktur oder Kultur, sondern die Bereiche, die unter die Fürsorgepflicht der Kommune fallen, jedoch vom Bund nicht ausreichend gegenfinanziert werden: Steigende Sozialausgaben, neue gesetzliche Verpflichtungen ohne ausreichende Gegenfinanzierung sowie die grassierende Inflation.

Investitionsstau trifft Aufrüstung

Der Investitionsstau in Trier ist ein über Jahre angewachsenes Problem. Schulen sind teils marode und technisch veraltet, Kitas unzureichend finanziert und mit zu wenig Personal ausgestattet, die Sanierung der Konrad-Adenauer-Brücke oder der Römerbrücke zieht sich hin, Straßen sind teilweise in schlechtem Zustand, Radwege werden kaum oder nur unzureichend ausgebaut. Die Liste der Bereiche, in denen in Trier Investitionen in Soziales und Infrastruktur nötig wären, ist lang. Die Unterfinanzierung der Kommunen durch den Bund ist ein jahrelanges, politisch gewolltes Problem. Die 500 Milliarden klingen zunächst nach viel Geld, sollen aber über mehrere Jahre wirken und werden auf alle Länder und Kommunen verteilt. Für Trier bedeutet das: 100 Millionen zusätzlich, verteilt auf zwölf Jahre, also rund acht Millionen jährlich. Ein Tropfen auf den heißen Stein. Deutschland investiert so viel wie lange nicht, bei den Kommunen bleibt dennoch kaum etwas hängen. Das hat mit der angestrebten Kriegstüchtigkeit zu tun. Mit dem Sondervermögen hat der Bund, wie bereits angesprochen, nicht plötzlich seine soziale Ader entdeckt und legt nun

Wert darauf, dass Triers Schüler nicht mehr auf vergammelte Toiletten gehen müssen oder Kitagebühren gesenkt werden können. Es geht um zwingend notwendige Investitionen in die Infrastruktur, um Truppenverlegungen und Militärtransporte zu sichern. Wenn also etwas am Investitionsstau behoben wird, dann sind es die Straßen, die künftig Panzer und anderes Kriegsgerät transportieren können müssen.

Konkurrenz um politische Priorität

Rein formal haben die Verteidigungsausgaben und die kommunalen Haushalte nichts miteinander zu tun, politisch hängen sie jedoch eng zusammen. Während uns seit Jahren erzählt wird, es sei kein Geld da für sozialen Wohnungsbau, für kostenlosen ÖPNV, für gebührenfreie Kitas oder sanierte Schulen, schüttelt der Bund, ohne mit der Wimper zu zucken, das größte Aufrüstungsprogramm seit dem Zweiten Weltkrieg aus dem Ärmel. Was den Ländern und Kommunen durch die zusätzlichen Milliarden zunächst als Gewinn verkauft wird, fällt ihnen spätestens mit dem Auslaufen der Sondervermögen auf die Füße. Denn dann soll das Kriegsbudget ohne Sondervermögen und bei gleichzeitig bestehender Schuldenbremse finanziert werden und das wird vor allem eines bedeuten: Die Kommunen müssen weiter den Rotstift ansetzen. Was bereits jetzt massiver Sozialabbau ist, wird spätestens dann zum Sozialkahl Schlag. Oder um es anders zu formulieren: Wenn Deutschland auf seinem aktuellen Kriegskurs bleibt, wird nicht nur die



eine oder andere Turnhalle oder ein Schwimmbad weichen müssen.

Krieg aus Rheinland-Pfalz

Dass gerade die Region Trier sowie ganz Rheinland-Pfalz ein wichtiger Kriegsschauplatz ist und künftig immer mehr werden wird, zeigt der aktuelle Krieg der USA gegen den Iran. Das bei Kaiserslautern gelegene Ramstein ist Dreh- und Angelpunkt der gegenwärtigen US-amerikanischen Kriegsführung und Truppenverlegung. Aber auch die Air Bases Spangdahlem und Büchel, die unweit von Trier liegen, spielen eine Rolle für den derzeit amoklaufenden US-Imperialismus. Wer in den letzten Wochen regelmäßig in den Himmel geschaut hat, dem ist das deutlich erhöhte Flugaufkommen US-amerikanischer Militärflugzeuge nicht entgangen. Damit rückt auch Rheinland-Pfalz und die Region Trier konkret in den Fokus eines möglichen militärischen Gegenschlags. Der Iran beschoss als Reaktion auf den Angriff der USA US-Stellungen in den Saudischen Emiraten. Es ist höchst wahrscheinlich, dass bei einem potenziellen Krieg gegen Russland oder eine vergleichbare Militärmacht die militä-



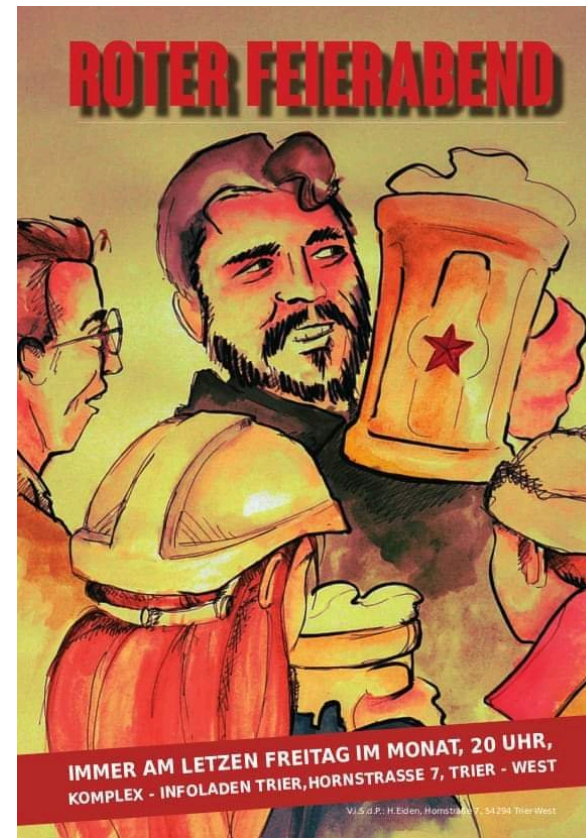
rischen Gegenschläge auf unsere Region zielen werden und Trier mit seinem Umland zum Kriegsschauplatz wird.

Organisation ist der Schlüssel

Die Geschwindigkeit, mit der derzeit die schlechten Nachrichten auf uns einströmen, kann überfordernd und beängstigend sein. Auf allen Ebenen laufen die Angriffe auf die Arbeiterklasse: Ob es um die Einschränkung von Grundrechten wie der Meinungs- und Pressefreiheit geht, um Angriffe auf das Arbeits- und Streikrecht, um Angriffe auf den Sozialstaat, um das Kaputtsparen der Kommunen oder um die Forderung nach immer mehr Ausbeutung in der Lohnarbeit. Gleichzeitig werden Staatsoberhäupter entführt oder ermordet, die dem um sich schlagenden US-Imperialismus im Wege stehen, und es werden immer neue Kriege geführt. Doch Rückzug kann nicht unsere Option sein. Es gilt, den Widerstand gegen den Angriff auf unsere Rechte, auf unsere Klasse zu organisieren. Noch haben wir die Chance, die Angriffe abzuwehren und einen Keil in Deutsch-

lands dritten Anlauf zur Weltmacht zu treiben sowie seine Kriegsvorbereitungen zu sabotieren. Kein Panzer verlässt das Band, kein Waffentransport rollt über die Schiene, wenn nicht Arbeiterinnen und Arbeiter diese Vorgänge durchführen. Kein Angriff auf unsere Rechte wird sich gegen den organisierten Willen der mächtigsten Klasse des Landes durchsetzen lassen: Der Arbeiterklasse. Daher: Organisiert euch in den Gewerkschaften und zwingt sie dazu, den Kampf um unsere Rechte aufzunehmen. Denn es gilt: Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will! Wenn die Arbeiterklasse zum treibenden Motor des Widerstands gegen den Militarismus und für internationale Solidarität werden will, braucht sie eine starke, kommunistische Partei. Wenn du also konsequent und ohne Kompromisse an der Seite der Lohnabhängigen, Arbeitslosen und Rentnerinnen und Rentner kämpfen möchtest – also an der Seite von 90 Prozent der deutschen Bevölkerung – dann sprich uns an und organisiere dich in der DKP.

Philippe Drastik



Stress auf der Arbeit, wieder viel zu viele Überstunden gemacht und den Chef interessiert mal wieder nicht wie es Dir geht? Stress in Ausbildung oder Schule? Wir kennen das!

Und was hilft besser gegen all den Scheiß auf der Arbeit als ein Bier unter Gleichgesinnten. Daher laden wir Dich zu unserem Roten Feierabend ein!

Egal ob Du Dich über den Job auskotzen oder einfach nur in entspannter Atmosphäre ein kühles Bier oder ein anderes Kaltgetränk genießen willst, Du bist herzlich eingeladen.

Du willst die Herausgabe der „Balaver“ unterstützen?

Wir freuen uns über eine einmalige oder dauerhafte Spende!


Nutze einfach folgende Bankverbindung und den Verwendungszweck „Spende“:

Deutsche Kommunistische Partei Trier

IBAN: DE92 5855 0130 0001 1109 23

BIC: TRISDE55XXX





Eltern gegen Wehrpflicht: Nicht unser Krieg - Nicht unsere Kinder

Die Trommeln des Militarismus werden in Deutschland wieder lauter. Was vor wenigen Jahren noch als überwundenes Relikt des Kalten Krieges galt, wird heute von der Bundesregierung als „Zeitenwende“ verkauft: Die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Doch für uns als Eltern stellt sich eine grundlegende Frage: In wessen Interesse sollen unsere Kinder eigentlich zu den Waffen greifen?

Krieg als Geschäft: Wer profitiert, wer stirbt?

Hinter der nationalistischen Rhetorik von „Verteidigungsbereitschaft“ verbirgt sich eine nüchterne, ökonomische Realität. In einem kapitalistischen System sind Kriege die gewalttätige Zuspitzung von imperialistischen Konkurrenzkämpfen um Märkte, Rohstoffe und geopolitischen Einfluss. Während die Rüstungskonzerne Rekordgewinne einfahren und die Aktienkurse von Rheinmetall und Co. in die Höhe schießen, sind es unsere Kinder, die in den Schützengräben ihr Leben lassen sollen.

Die Wiedereinführung der Wehrpflicht ist nichts anderes, als der Zugriff des Staates auf den Körper und die Lebenszeit der Jugend, um die Interessen des Kapitals abzusichern. Es lohnt sich nicht, für einen Staat zu kämpfen, der Bildung kaputtspart, das Gesundheitssystem privatisiert und bezahlbaren Wohnraum zur Mangelware macht, nur um dann Milliarden in die Aufrüstung zu stecken. Jeder Euro, der in Panzer fließt, fehlt in den Kitas, Schulen, Jugendzentren und der Gesundheitsversorgung unserer Kinder.

Militarismus als Erziehung zur Unterordnung

Wehrpflicht bedeutet mehr als nur technisches Training an der Waffe und seine Stube aufzuräumen. Sie ist ein Instrument der Disziplinierung. In der Armee soll gelernt werden, Befehle ungefragt auszuführen, egal wie unsinnig oder menschenverachtend sie auch sein mögen. Als Eltern kämpfen wir täglich dafür, dass unsere Kinder zu kritischen, empathischen und eigenständigen Menschen her-

anwachsen. Der Militarismus steht diesem Ziel unvereinbar entgegen. Wer die Wiedereinführung der Wehrpflicht durchsetzt, will eine Gesellschaft, die „kriegstüchtig“ gemacht wird. Wir aber wollen eine Gesellschaft, die „friedensfähig“ ist. Unsere Solidarität gilt nicht den Parteien, die den Krieg befördern oder den Vorständen der Rüstungskonzernen, die an Aufrüstung und Krieg verdienen, sondern den Eltern und deren Kindern in anderen imperialistischen Staaten, die in denselben zerstörerischen Kreislauf aus Profitlogik und Hochrüstung hineingezogen werden.

Selbst was tun

Es reicht nicht aus, Zuhause gegen den Krieg zu sein oder Beiträge auf Social Media zu liken. Der Druck der Aufrüstung ist real und das einzige, was diese Maschinerie aufhalten kann, ist Druck von unten. Die Schulstreiks gegen Wehrpflicht haben es bereits gezeigt: Die Jugend will keine Wehrpflicht und erst recht keine Kriege. Wir müssen uns als Eltern zusammenschließen, um deutlich zu machen: Unsere Kinder sind kein Kanonenfutter und Menschenmaterial für die kommenden Kriege!

Wir laden alle Eltern und auch solidarischen Erwachsene, die keine Kinder haben, ein, Teil unserer Bewegung zu werden. Wir wollen uns austauschen, vernetzen, gemeinsam Aktionen gegen die Militarisierung unserer Gesellschaft planen und das Trier Schulstreikkomitee unterstützen.

Kommt vorbei und organisiert euch mit uns!

Wir treffen uns als Eltern gegen Wehrpflicht Trier immer am letzten Freitag im Monat um 18 Uhr im Komplex - Infoladen in Trier-West. Für eine Zukunft ohne Krieg und Zwangsdienste für diesen Staat!

Konni Kanty



Wenn du eine E-Mail an balaver@riseup.net schreibst, bekommst du immer die neuste Ausgabe kostenlos per E-Mail oder gedruckt!





Im Interview: Simon Becker - Seenotrettung an Bord der Sea Punks

Simon Becker ist ausgebildeter Notarzt, Mitglied der DKP und hat sich 2025 dazu entschieden, an Bord der Sea Punks einen Seenotrettungseinsatz im Mittelmeer zu begleiten. Im Interview erzählt er uns, wie es dazu kam und was er an der tödlichsten Grenze der Welt erlebt hat.

Balaver: Simon, du warst letztes Jahr auf einer Rettungsmission mit den Sea Punks. Wie kam es dazu?

Simon: Ich bin ein politischer Mensch und ich glaube nicht daran, dass man sich im Alltag aus gesellschaftlichen Entwicklungen raushalten kann. Gerade als Arzt habe ich eine konkrete Fähigkeit, die ich einsetzen kann – und ich wollte das nicht nur im System Krankenhaus tun, das ja stark von wirtschaftlichen Zwängen geprägt ist und teilweise sogar Überversorgung produziert, sondern dort, wo Menschen schlicht keine Hilfe bekommen.

Ich habe schon vorher in humanitärer Hilfe gearbeitet, unter anderem in Nordostsyrien, und bin über antirassistische politische Arbeit mit der zivilen

Seenotrettung in Kontakt gekommen. Zunächst eher im Hintergrund, organisatorisch. Aber irgendwann war klar: Wenn ich die Fähigkeiten habe, dann muss ich auch selbst rausfahren.

Seenotrettung im Mittelmeer wird im Kern von spendenfinanzierten NGOs getragen, weil staatliche Strukturen schlicht nicht mehr existieren. Das ist der eigentliche Skandal. Es gibt keine ernsthafte staatliche Seenotrettung mehr – stattdessen Grenzschutz und Abschottung. Das heißt es ist eine rein ehrenamtliche Tätigkeit in meiner Freizeit.

Bitte erzähl uns etwas vom Verlauf deiner Mission.

Nach längerfristiger Vorbereitung bin ich Ende April nach Sizilien geflogen, nach Augusta. Dort haben wir erstmal eine Trainingsphase gehabt. Das ist notwendig, weil die Crew aus vielen Freiwilligen besteht und nicht alle große Seefahrung haben. Wir trainieren Abläufe bis ins Detail: Rettungsszenarien, Massenanfall von Verletzten, Kommunikation, Umgang mit Stress.

Dann geht es raus in die sogenannte SAR-Zone, also die internationalen Such- und Rettungsgebiete. Der Alltag besteht viel aus Warten, Beobachten, Schichten am Ausguck. Man fährt Raster ab, sucht den Horizont ab.

Wenn dann ein Hinweis kommt – oft über Alarmphone (eine NGO, die Notrufe weiterleitet) oder andere Schiffe – kippt alles sofort. Dann geht es darum den Seenotfall zu finden und Entscheidungen unter Unsicherheit und behördlichem Druck zu treffen. Wir fahren mit dem RHIB, einem kleinen schnellen Boot, an die Flüchtlingsboote heran, bauen Kontakt auf, verteilen Rettungswesten, versuchen Panik zu verhindern.

Ich erinnere mich an eine Rettung mit über 80 Menschen auf einem völlig überladenen Boot. Kein Sprit mehr, schlechtes Wetter, die Situation war extrem instabil. Von staatlicher Seite kam erstmal nichts – weder das am nächsten gelegene Malta noch Italien haben zeitnah reagiert. Also haben wir entschieden, die Menschen selbst aufzunehmen, obwohl unser Schiff dafür kaum ausgelegt ist.

Dann sitzt du da mit über 80 Menschen auf einem Schiff, völlig über der eigentlichen Kapazität, untersuchst die Menschen, behandelst Wunden, Seekrankheit, Unterkühlung und Flüssigkeitsverlust und wartest 24 Stunden darauf, dass endlich die italienische Küstenwache hilft und übernimmt.

Was war dein prägendstes Erlebnis?

Es gibt nicht den einen Moment, sondern eher eine Erkenntnis, die sich durchzieht: Diese Einsätze sind keine Naturkatastrophe oder Schuld der flüchtenden Menschen selbst. Das ist politisch produziert.

Was mich besonders geprägt hat, ist diese Diskrepanz zwischen dem, was möglich wäre, und dem, was bewusst unterlassen wird. Wir sehen regelmäßig, dass Notrufe ignoriert oder verzögert werden. Gerade in der maltesischen SAR-Zone passiert das systematisch. Und gleichzeitig bist du als Crew gezwungen, Entscheidungen zu treffen, die im Zweifel über Leben und Tod gehen, weil staatliche Akteure sich entziehen.

Ein anderes prägendes Erlebnis war auch, wie ruhig viele Rettungen ablaufen können, wenn Vertrauen entsteht. Wenn klar ist, dass wir nicht aggressiv sind, dass wir helfen, dann entsteht oft eine erstaunliche Ruhe – trotz dieser extremen Situation. Zu erleben, dass es ganz normale Menschen mit normalen Sorgen und manchmal auch Kleinkindern sind, die so etwas niemals erleben sollten macht einem klar: Das ist doch keine anonyme Masse, die zum Sterben verdammt ist.

Die Menschen fliehen nicht aus Spaß. Es gibt massive Gründe – und die haben auch mit uns zu tun.

Wie hast du die sich verschärfende Asylpolitik der EU erlebt?

Es ist eine bewusste Abschottungspolitik mit Inkaufnahme von Toten. Und sie wird brutal durchgezogen.

Die EU finanziert und unterstützt Strukturen wie die sogenannte libysche Küstenwache, also Milizen eines Failed State, von denen bekannt ist, dass sie mit Schleppern und Arbeitslagern zusammenarbeiten. Gleichzeitig werden zivile Seenotretter:innen mit bürokratischen Auflagen blockiert, Einsätze verzögert und Häfen zugewiesen, die Tage entfernt sind.

Das Ziel ist offensichtlich: Abschreckung um jeden Preis und dem rechten Dogma vom angeblichen Pull-Faktor (Wohlstand der EU, Vorhandensein von Seenotrettung, etc.) anhängen, obwohl wissenschaftlich belegt ist, dass es die Push-Faktoren (Krieg, Armut, Perspektivlosigkeit, Verfolgung, etc.) sind, die Menschen dazu zwingen ihre Heimat zu verlassen. Übrigens: Die Seenotrettung als Pull-Faktor zu bezeichnen ist eine nachweislich falsche Behauptung (vgl. Studie: Search-and-rescue in the Central Mediterranean Route does not induce migration: Predictive modeling to answer causal queries in migration research. Sánchez et al. Uni Potsdam. 2023), welche einem Bericht der militanten und nachweislich rechtsbrechenden Grenzschutzbehörde Frontex entstammt.

Und gleichzeitig wird so getan, als hätte das alles nichts mit uns zu tun. Dabei basiert unser Wohlstand direkt

auf globaler Ausbeutung und historischer Kolonialisierung. Die Menschen fliehen nicht aus Spaß. Es gibt massive Gründe – und die haben auch mit uns zu tun.

Hast du noch Kontakt mit der Crew? Wie war die politische Stimmung an Bord?

Ja, ich habe weiterhin Kontakt und bin auch weiterhin im medizinischen Büro der Organisation tätig.

Die politische Stimmung an Bord ist klar: antifaschistisch, feministisch, antikapitalistisch. Es kommt zu viel politischem Austausch nach getaner Arbeit oder in Zeiten der Ruhe. Aber primär sind wir keine Berufsaktivisten, sondern es geht darum Menschenleben zu retten. Der politisch sehr brisante Kontext in dem wir uns bewegen ist natürlich allen bewusst.

Das funktioniert nur, wenn man professionell bleibt. Entscheidungen werden strukturiert getroffen, es gibt klare Abläufe, Briefings, Debriefings. Das ist kein Aktivismus im luftleeren Raum, sondern hochorganisierte Arbeit unter Druck.

Was sind die Perspektiven für die Seenotrettung?

Kurzfristig wird sich wenig verbessern. NGOs werden weiter die Lücken füllen müssen, die Staaten bewusst offen lassen.

Gleichzeitig wird der Druck auf diese Organisationen eher größer. Mehr Auflagen, mehr Kriminalisierung,

mehr Behinderung von Einsätzen. Das sehen wir seit Jahren.

Langfristig hängt alles davon ab, ob sich politisch etwas ändert. Solange Abschottung und die Durchsetzung der kapitalistischen Interessen der EU oberste Priorität hat, wird Seenotrettung immer gegen Widerstände arbeiten müssen.

Denkst du, dass die Situation drastischer wird und wie kann diese grundsätzlich verbessert werden?

Ja, ich weiß, dass es eher schlimmer wird. Die begonnene Umsetzung vom Gemeinsamen Europäischem Asylsystem (GEAS), ein Bündel aus Regeln und Gesetzen, das die bisherigen Asyl- und Fluchtrechte stark angreift und einschränkt, gibt doch eine klare, traurige Richtung vor.

Klimakrise, Kriege, wirtschaftliche Ausbeutung – all das wird Migration

verstärken. Gleichzeitig reagiert Europa nicht mit Lösungen, sondern mit noch mehr Abschottung.

Verbessern ließe sich die Situation relativ klar: Legale Fluchtwege schaffen. Staatliche Seenotrettung wieder aufbauen. Zusammenarbeit mit Milizen und der sog. Libyschen Küstenwache beenden.

Und vor allem: Anerkennen, dass wir, unser Imperialismus, Teil des Problems sind. Solange man das nicht tut, bleibt es bei diesem Zynismus: Man nimmt tausende Tote in Kauf, um politische Signale zu senden.




Die Balaver wird herausgegeben von:


DKP
Deutsche Kommunistische Partei
in Karl Marx' Geburtsstadt

 trier@dkp-rlp.de

 www.dkptrier.de

 kommunistischepartei.trier

 DKP Trier

 DKP Trier

 DKP Trier

Impressum: Balaver, V.i.S.d.P.: P. Drastik, Hornstraße 7, 54294 Trier

VORTRAG & DISKUSSION

KOMMT MIT DER AFD DER FASCHISMUS?

ZUR KRISE DES HEUTIGEN
ANTIFASCHISMUS

09.05.2026 - 18 Uhr
Komplex-Infoladen Trier
Hornstraße 7
Trier-West


DKP
Deutsche Kommunistische Partei
in Karl Marx' Geburtsstadt